

Berlin, 23. Juni 2020

Briefentwurf

Herrn Minister

a.d.D.

Frau
Kommissarin für Energie der
Europäischen Kommission
Kadri Simson
Rue de la Loi 200
1049 Brüssel
Belgien

Betr.:

US-Sanktionen gegen NS2

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	
Eingang Leitung	
eDW-M- Nr.:	
Rein- schrift	
Abzeichnungsleiste	
PSt z. K.	
St	
AL	
UAL	
Referatsinformationen	
Referats- leiter/in	
Bearbei- ter/in	
Mit- zeichnung	
Referat und AZ	IIA4 -

I. Stellungnahme

Mit Infovorlage vom 18.06.2020 wurden Sie über den neuen Gesetzentwurf "Protecting Europe's Energy Security Clarification Act of 2020" (PEESCA) der Senatoren Cruz, Shaheen, Barrasso, Cotton und Johnson zur Verschärfung der Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 hingewiesen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die enthaltenen Änderungsvorschläge vermutlich rückwirkend zum Datum des Inkrafttretens von PEESA am 19. Dezember 2019 anzuwenden. Alle Firmen, die Dienstleistungen, Versicherungen oder bestimmte Nachrüstungsdienste für Verlegeschiffe sowie Dienstleistungen wie Prüfungen, Inspektionen oder Zertifizierungen, die für den Betrieb von Nord Stream 2 erforderlich sind, sollen einbezogen werden. Die Inbetriebnahme der Pipeline soll ebenfalls sanktioniert werden.

Im Gegensatz zur Verabschiedung der Sanktionen Ende 2019 sind diesmal weitere EU-Mitgliedsländern über die Ausweitung der US-Sanktionen besorgt und kritisieren diese (bislang FRA, DNK, NLD, AUT, LTU). Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, auf Botschafterebene unter Führung der EU-KOM gemeinsam in Washington zu demarchieren.

...

Um die Bereitschaft der EU-KOM zu fördern, sich stärker als bisher gegen die US-Sanktionen einzusetzen, die Führungsrolle unter den EU-Staaten zu übernehmen und damit die Kritik an den Sanktionen auf eine breitere Basis zu stellen, wird vorgeschlagen das Sie mit dem beigegeführten Briefentwurf an Kommissarin Simson diese Führungsrolle einfordern.

II. Brieftextentwurf

Anrede,

Für die langfristige sichere Versorgung Europas mit Erdgas spielt die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Nord Stream 2 Pipeline eine wichtige Rolle. Die USA haben am 19. Dezember 2019 mit dem „Protecting Europe's Energy Security Clarification Act“ Sanktionen gegen die bei der Verlegung der Nord Stream 2 eingesetzten Verlegeschiffe erlassen. Gazprom bereitet gegenwärtig alles vor, um mit eigenen Verlegeschiffen den Bau der Pipeline fertigzustellen. Vor diesem Hintergrund haben US - Senatoren am 4. Juni 2020 einen neuen Gesetzentwurf "Protecting Europe's Energy Security Clarification Act of 2020" (PEESCA) zur Verschärfung der Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 vorgelegt. Mit diesem Gesetzentwurf würde die Inbetriebnahme der Pipeline sanktioniert werden und rückwirkend zum 19. 12. 2019 alle Firmen, die Dienstleistungen, Versicherungen oder bestimmte Nachrüstungsdienste für Verlegeschiffe sowie Prüfungen, Inspektionen oder Zertifizierungen, die für den Betrieb von Nord Stream 2 erforderlich sind, durchführen.

Der vorgelegte Sanktionsentwurf würdigt die Bemühungen der EU - Kommission und der Bundesregierung zur Sicherung des russischen Gastransits über die Ukraine nicht, er ignoriert die Umsetzung europäischen Rechts durch die BNetzA, die den Antrag der Nord Stream 2 AG auf Freistellung des im deutschen Hoheitsgebiet verlaufenden Teils der Nord Stream 2-Pipeline von der Regulierung abgelehnt hat und die Unterstützung der EU- Kommission und der Bundesregierung für den Aufbau von zusätzlicher europäischer LNG-Infrastruktur zur weiteren Diversifizierung der Versorgung Europas mit Energieträgern.

Die neuen Sanktionsvorschläge würden eine Vielzahl europäischer Unternehmen zu einem potentiellen Sanktionsziel machen.

Die jetzt angedrohten Sanktionen dienen wie bereits der „Protecting Europe's Energy Security Clarification Act von 2019“ nicht der Energiesicherheit Europas, sondern zielen direkt auf die Energiesouveränität der Mitgliedsstaaten der europäischen Union. Sie würden zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den USA und der Europäischen Union führen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, sich stärker gegen die neuen US-Sanktionen einzusetzen und die Führungsrolle für die EU-Mitgliedstaaten zu übernehmen, die wie wir die angedrohte Ausweitung der US-Sanktionen kritisieren. Damit könnte diese Kritik auf eine breitere Basis gestellt werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn unter der Führung der EU-Kommission auf Botschafterebene gemeinsam in Washington gegen dieses Sanktionsandrohung demarchiert würde.

Grußformel

Datenschutzhinweis